

Ist Schrödingers Katze tot?

Der Chef der **Universitätenkonferenz**, Oliver Vitouch, hat die Hoffnung auf eine neue Finanzierung der Hochschulen aufgegeben und wirft der Politik Verantwortungslosigkeit vor. Die ÖVP drängt, die SPÖ will sich nicht drängen lassen.

INGE BALDINGER

WIEN. Der Wiener Physiker Erwin Schrödinger hat viel Bedeutendes hinterlassen. Darunter ein Gedankenexperiment, in dem seine Katze zugleich tot und lebendig ist. Schrödingers Katze wurde zum Sprichwort – und es fällt besonders häufig in der **Universitätenkonferenz (uniko)**, da es den paradoxen Zustand, in dem sich die 21 notorisch unterdotierten Hochschulen befinden, treffend beschreibt.

Monatelang hatte es so ausgesehen, als ob die Politik den Universitäten dank mehr Geld und einer neuen Art der Finanzierung (nach Studienplätzen) samt Ermöglichung weiterer Zugangsregelungen Leben einhauchen würde. Wegen der vorgezogenen Neuwahl wird es nun extrem knapp. Aussichtslos wäre es, würden sich SPÖ und ÖVP energisch zusammenraufen, noch nicht. Die Signale, die von den **Rektorinnen** und **Rektoren** am Dienstag bei einem Treffen mit Bundeskanzler Christian Kern, Unterrichtsministerin Sonja Hammerschmid und Wissenschaftssprecherin Andrea Kuntzl (alle SPÖ) empfangen wurden, deuten nicht darauf hin. **Uniko-Chef** Oliver Vitouch einigermaßen bestürzt: „Wir wissen nicht, ob die Uni-Finanzierung bis 2021 noch am Leben oder schon tot ist.“

Vielleicht gäbe es noch eine winzige Chance, aber er fürchte: „Schrödingers Katze ist leider tot.“ Und das sei katastrophal, denn die Finanzierung der **Hochschulen** und die damit einhergehenden Leistungsvereinbarungen seien auf mehrere Jahre angelegt. Komme es nicht jetzt zu einer Einigung, gäbe es die nächste Chance erst wieder in vier Jahren. Den „Strohalm“, den Vitouch nach dem Kanzler-Treffen noch sieht: Es sei vorgeschlagen worden, das (erhöhte) Budget für



Die Finanzierung der Universitäten hängt weiter in der Luft.

BILD: SN/APA/HELMUT FOHRINGER

Schulautonomiepaket Kommt es zum Gegengeschäft mit der Studienplatzfinanzierung?

Bildungsministerin Sonja Hammerschmid (SPÖ) hätte die Gespräche zum Schulautonomie-Paket zwischen Regierung und Opposition am liebsten noch gestern, Dienstag, beendet und das Paket heute im Nationalrat beschlossen. Im Büro von Wirtschaftsminister Harald Mahrer hingegen hieß es, dass man „keinen Zeitdruck“ habe. Der Teufel stecke im Detail, man habe dem Bildungsministerium noch Vorschläge zu einigen offenen Punkten übermittelt.

Im Grunde liegt das Autonomiepaket fast fertig auf dem Tisch. Die Verhandlungen mit der Ge-

werkschaft sind abgeschlossen. Zuletzt war es noch darum gegangen, welche Oppositionspartei mit SPÖ und ÖVP mitstimmt, um auf die nötige Zweidrittelmehrheit im Nationalrat zu kommen. Nachdem die FPÖ abgewunken hat, bleiben die Grünen. Die forderten allerdings für ihr Ja, dass ganz Vorarlberg zur Gesamtschul-Modellregion wird. Da wiederum ist die Bundes-ÖVP skeptisch. Zuletzt hatte sich ein möglicher Kompromiss abgezeichnet: Bundesweit könnten 15 Prozent eines Schultyps zur Gesamtschule werden (statt wie bisher 15 Prozent eines Schultyps in einem Bundesland) – allerdings nur, wenn Schüler, Lehrer und Eltern an jedem be-

troffenen Schulstandort einverstanden sind. Damit wäre eine Modellregion Vorarlberg möglich. Ob das tatsächlich ein gangbarer Weg wäre, wollte die ÖVP am Dienstag nicht kommentieren.

Möglich scheint aber, dass SPÖ und ÖVP ein Gegengeschäft machen: Tausche die Zustimmung zum Schulautonomie-Paket (ein zentrales Anliegen der SPÖ) gegen die Zustimmung zur **Studienplatzfinanzierung** (ein zentrales Anliegen der ÖVP). Das werde jedenfalls von der ÖVP angestrebt, hieß es vonseiten der SPÖ. Aus der ÖVP hieß es dazu, man wolle eine Einigung bei beiden Themen. **zim**

die Unis noch zu beschließen, aber nur mit Vorgaben an die nächste Regierung, die Studienplatzfinanzierung im Detail umzusetzen – oder auch nicht. Denn der Beschluss würde mit Verfallsdatum versehen (Sunset Clause). Schaffe die nächste Regierung bis dahin keine Einigung, wäre auch das zusätzliche Geld wieder weg. Der Rektoren-Chef hält die Idee für „originell“, Planungssicherheit brächte sie den Hochschulen mit ihren 300.000 Studierenden nicht. „Und wir können nicht in den Nebel fahren. Wenn wir keine Klarheit bekommen, müssen wir 2018 mit Einsparungen beginnen, mit dem Abbau von Personal, mit dem Abbau von Angeboten.“

Kommende Woche wird in einer **uniko-Plenarsitzung** über Proteste diskutiert. Vitouch: „Wir werden uns mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die politische Verantwortungslosigkeit zur Wehr setzen.“ Und dazu werde wohl gehören müssen, einige Studienrichtungen vorerst einzustellen.

Die SPÖ sieht die Sache offenbar weniger dramatisch. Über die Bildungsreform sei zwei Jahre verhandelt worden, über die **Universitätenreform** erst „seit zwei Wochen“, sagte der Kanzler, der sich in seinem Plan A und im aktualisierten Regierungsprogramm zur Studienplatzfinanzierung bekannt hatte. Unter Zeitdruck könne „nichts Seriöses herauskommen“. Das Uni-Budget für 2019 bis 2021 sollte aber noch vor der Wahl um die versprochenen 1,35 Mrd. auf elf Mrd. Euro aufgestockt werden. Die ÖVP lässt die kurze Vorbereitungszeit nicht gelten: Seit „Monaten“ werde „wöchentlich“ verhandelt, sagte Wissenschaftsminister Harald Mahrer, wenn man wolle und sich nicht um die „Verantwortung weiterer Zugangsregelungen in Massenfächern drückt“, sei ein Beschluss möglich.

In Washingtons Politik setzt sich die Negativauslese fort

Es sind nicht immer die Ratten, die ein schlingerndes Schiff verlassen. Manchmal sind es die Besten und Klügsten.

Der amtierende US-Botschafter in China hat dem amerikanischen Präsidenten den Bettel hingeworfen. Der erfahrene Berufsdiplomat verlässt seinen Posten vorzeitig, weil er entsetzt ist über die Dummheit seines Dienstherren, die USA aus dem Pariser Klimavertrag herauszunehmen. Das ist zwar nur ein symbolischer Schritt, denn David Rank wäre ohnehin Anfang Juli von einem neuen Botschafter abgelöst worden.

Doch gerade in der Welt der Berufsdiplomaten ist eine einseitige Kündigung dieser Art außerordentlich selten, weil diese Leute ja eben eine Karriere im diplomatischen Dienst zu verlieren haben. Das heißt, Rank riskiert seine berufliche Zukunft aus Gründen der Überzeugung, dass Donald Trump eine Dummheit gemacht hat. Der Mann hat damit weit mehr Rückgrat bewiesen, als man gerade von Berufsdiplomaten erwarten müsste.

Drei enge Mitarbeiter Trumps, der Verteidigungs-

minister James Mattis, Sicherheitsberater H. R. McMaster und Außenminister Rex Tillerson, ließen mittlerweile durchsickern, dass sie über einen anderen Fehltritt Trumps entsetzt sind. Der US-Präsident hatte bei seinem ersten Treffen mit den NATO-Partnern genau das nicht getan, worum ihn die drei Herren dringend gebeten hatten: Die Partner zu versichern, dass auch seine Regierung den Artikel 5 des NATO-Vertrages honorieren werde, nämlich die Beistandsverpflichtung, die da heißt, wenn ein NATO-Land angegriffen wird, gilt das als Angriff auf alle NATO-Länder. Trump verlas stattdessen eine ganz andere Rede, die womöglich aus der Feder des rechten, rassistischen Nationalisten Stephen Bannon stammt, und in der Trump lediglich über die zu geringen Verteidigungsausgaben der Europäer meckerte.

Vor allem McMaster und Mattis stehen in dem Ruf, sie versuchen immer wieder, Trumps

irrationalen Agieren in vernünftigeren Bahnen zu lenken. Beide haben ebenso wie Rex Tillerson ihre Karrieren nicht in der Politik gemacht, sie können daher auch auf eigenen Beinen stehen, selbst wenn sie beim Präsidenten in Ungnade fallen sollten. Sie sollen besonders darüber verärgert sein, dass Trump seine Attacke auf die Europäer ritt, ohne sich vorher mit seinen drei wichtigsten Mitarbeitern beraten zu haben.

Die Frage ist, wie lange sich diese Leute das bieten lassen. Donald Trump vermittelt immer öfter den Eindruck, dass er ausschließlich auf sich selbst hört und gegen den klügeren Rat anderer Leute resistent ist. Es ist ein Merkmal von egomanischen Herrschern, dass sie nur auf den Rat jener hören, die ohnehin ihrer Meinung sind. Wer weiß, wann die Klugen die Konsequenzen daraus ziehen.

HEVI
Viktor Hermann



VIKTOR.HERMANN@SALZBURG.COM